Björn Thümler

CDU-Fraktionsvorsitzender
im niedersächsischen Landtag

Echt von hier

CDU

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515



Liebe Leserinnen und Leser,

„dass ich hierher fahren durfte, ist ja schon wie Urlaub“. Mit diesen Worten begrüßte mich kürzlich ein „Auswärtiger“ in meinem Bürgerbüro in Berne. Er lobte ausdrücklich die schöne Wesermarsch mit den vielen grünen Weiden und den Kühen, die idyllisch im Morgenlicht grasten.

Doch genau dieses Bild der Wesermarsch könnte sich demnächst grundlegend wandeln. Dass der Milchpreis die Landwirte in existentielle Bedrängnis bringt und viele Milchbauern darüber nachdenken, ihren Betrieb aufzugeben, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Wertschätzung, die die Landwirte mit ihrer ehrlichen Arbeit seit Generationen verdienen, bekommen sie schon lange nicht mehr. Dabei sollte sich kein Landwirt dafür entschuldigen müssen, dass er von ganz früh morgens bis spät abends seiner Arbeit nachgeht. Die Verbraucher haben ein verständliches Interesse an Lebensmitteln in hoher Qualität und genau das ist auch das Ziel eines jeden Landwirts. Die Bäuerinnen und Bauern stellen hochwertige und vielfältige Lebensmittel her und wir als Gesellschaft sollten ihnen dafür dankbar sein und das auch zum Ausdruck bringen.

Anerkennung ist ein hohes Gut, auf das unsere Landwirte leider zu oft und ungerechtfertigt verzichten müssen, weil es ihnen vorenthalten wird.

Herzlichst, Ihr



CDU-Fraktion lehnt Salzpipeline ab

Eigentlich schien das Thema Salzpipeline in die Weser schon abgehakt, doch dann stimmte Umweltminister Wenzel (Grüne) dem Masterplan Salzreduzierung zu ...

Die Flüsse sollen sauberer werden und die Weser wieder in einen „guten ökologischen Zustand“ versetzt werden. Das sieht der „Masterplan Salzreduzierung“ vor, der allerdings genauso die umstrittene Salzwasserpipeline der hessischen Firma K+S als Option beinhaltet. Die CDU-Fraktion in Niedersachsen unter der Führung ihres Vorsitzenden Björn Thümler lehnt jegliche Entsorgungsvorschläge zu Lasten Niedersachsen ab.

Diesen Standpunkt hat die Fraktion in zahlreichen Entschließungsanträgen bisher deutlich gemacht. Da auch Ministerpräsident Weil und der Umweltminister Wenzel bisher diese Linie vertraten, ist es umso unverständlicher, dass der Umweltminister dem Masterplan Salzreduzierung zugestimmt hat, obwohl dieser eine Salzwasserpipeline als optionale Maßnahme zulässt, wenn die anderen beschlossenen Maßnahmen nicht greifen.

„Wenzel hat den klaren Auftrag des niedersächsischen Landtags gegen eine Pipeline zu stimmen“, so Thümler. Angesichts der skizzierten ungeklärten Fragen wird sich die CDU-Fraktion im Rahmen einer schriftlichen Anfrage an die Landesregierung wenden, um insbesondere zu klären:

- Inwiefern stand die Zustimmung der Landesregierung zum Masterplan Salzreduzierung im Einklang mit den vorher gefassten Landtagsbeschlüssen?
- Wie will die Landesregierung ihre Zusage einhalten und die Bypass-Lösung verhindern?

Aus dem Inhalt

» Berufsstarterklassen ohne Planungssicherheit *Seite 2*

» Wege aus der Krise *Seite 3*

» Muslim-Vertrag: Abschluss ungewiss *Seite 4*

» B212 neu: Es wird weiter geplant *Seite 5*

» Termine *Seite 6*

» ... und außerdem *Seite 7*

Versorgung ist nicht ausreichend

Die CDU Wesermarsch hat die Berufsstarterklasse an der Oberschule Rodenkirchen immer unterstützt. Umso enttäuschender ist das Abstimmungsverhalten der SPD/Grünen-Fraktion im Landtag: Die Planungssicherheit für die Schulen ist nicht gegeben.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Björn Thümler hofft weiterhin für die Schüler der beiden Berufsstarterklassen an der Oberschule in Rodenkirchen, dass sie den quantitativen Unterricht bekommen, der ihnen einen Start in das Berufsleben ermöglicht. Von der Qualität des Unterrichts und dem Engagement der Lehrkräfte ist Björn Thümler ohnehin überzeugt. „Leider hat die Politik nicht die Rahmenbedingungen geschaffen, um auch in Zukunft den Erhalt der so erfolgreichen Berufsstarterklassen zu sichern“, sagt Thümler in Bezug auf das Abstimmungsergebnis der rot-grünen Mehrheit im Parlament auf einen Antrag der CDU, der die Zukunft der Berufsstarterklasse gesichert hätte. Zwar gibt es mündliche Zusagen, diese ersetzen aber nicht den verpflichtenden Parlamentsbeschluss.“

Verärgert ist Thümler über den Versuch der beiden Landtagsabgeordneten Logemann (SPD) und Janßen (Grüne), mit Geschichten aus der Vergangenheit nun ihr Abstimmungsverhalten auf dem Rücken der Schüler zu rechtfertigen. So wird unterstellt, die CDU habe in der Vergangenheit kein Interesse an der Berufsstarterklasse gezeigt: „Das Gegenteil ist der Fall. Nachdem das Modellprojekt auf Landesebene ausgelaufen war, haben wir mit der CDU-Mehrheit im Kreistag dafür gesorgt, dass die finanziellen Mittel gesichert sind. Außerdem hat das Land unter der schwarz-gelben Regierung die Lehrerstunden bereitgestellt. Das sind Fakten, die man nicht wegdiskutieren kann.“

Lesen Sie dazu auch
» PM: SPD verweigert Schulen Planungssicherheit

Die Chance, die Rahmenbedingungen zu verbessern, hat die rot-grüne Mehrheit im Landtag vertan. Trotz mehrfacher mündlicher Unterstützung der Landtagsabgeordneten Karin Logemann, stimmte sie bei der namentlichen Abstimmung im Parlament gegen die Antrage der CDU-Fraktion. Dabei war die CDU-Fraktion den Regierungsfraktionen noch mit einem Änderungsantrag entgegen gekommen, der deutlich machte, dass nur die bestehenden Berufsstarterklassen weiter Unterstützung in Form von Unterrichtsstunden erhalten sollten. Diese Unterstützung verweigerten sowohl die SPD-Fraktion als auch die Mitglieder der Grünen im Landtag.

„Ich kann nicht anders!“

Pikant: Bei der Diskussion über die Anträge der CDU im Kultusausschuss, bei der schlussendlich die Empfehlung ausgeprochen worden war, den Antrag abzulehnen, ließ sich Karin Logemann dazu hinreißen, den parteipolitischen Druck in Worte zu fassen: „Ich kann nicht anders!“

Deiche können weiter gesichert werden

Gute Nachricht für den II. Oldenburgischen Deichband: Vom Land gibt es die gewünschte finanzielle Unterstützung, um alle geplanten Maßnahmen umsetzen zu können.

Am Ende wurde alles gut. In der ersten Mitteilung des Umweltministeriums war dem II. Oldenburgischen Deichband noch ein Treibselweg gestrichen worden. Diese Entscheidung hatte für Unverständnis bei Björn Thümler gesorgt: „Dass dieses Deckwerk plötzlich nicht mehr notwendig ist, verwundert besonders angesichts der Tatsache, dass am Langwarder Groden selbst noch ein Deckwerk verbaut wurde.“

Ein Einsehen hatte kurze Zeit später auch das Umweltministerium und sagte auch die 1,4 Millionen Euro für dieses Vorhaben zu. Damit wurden alle Projekte des II. Oldenburgischen Deichbandes in die Finanzierung aufgenommen. Über 11 Millionen Euro bekommt der Deichband nun vom Land, um Projekte zum Deichschutz umzusetzen.

Die größte Baumaßnahme liegt im Bereich Jade/Wapelersiel. Unter anderem muss dort aufwendig das Mündungsschöpfwerk saniert werden. Die Maßnahmen werden sich bis 2021 hinziehen. und pro Jahr rund 5 Millionen Euro benötigen.

Wege aus der Krise: Milchbauern in Existenznot

Die aktuelle landwirtschaftliche Marktkrise zeigt, öffentliche Wahrnehmung und Realität können erschreckend weit auseinanderliegen. Denn obwohl Lebensmittel „made in Germany“ weltweit einen hervorragenden Ruf genießen, müssen in Deutschlands führendem Agrarland Niedersachsen inzwischen viele Landwirte um ihre Existenz bangen. Was nützt das gute Image der eigenen Produkte, wenn sie nicht genug einbringen?

Hauptursachen für Umsatzeinbrüche von bis zu 45 Prozent, wie sie viele Betriebe im Wirtschaftsjahr 2014/15 hinnehmen mussten, sind der russische Importstopp und die zurückgehende Nachfrage auf anderen wichtigen Absatzmärkten. Wenn jetzt nicht endlich etwas passiert, droht Niedersachsen ein nie dagewesenes Höfesterben.



Sicherlich hat die rot-grüne Landesregierung keinen Einfluss auf das weltweite Marktgeschehen – es ist aber ihre Pflicht, die niedersächsischen Landwirte im Umgang mit der aktuellen Krise zu unterstützen. Die CDU-Landtagsfraktion hat inzwischen ein ganzes Maßnahmenbündel vorgelegt, die unmittelbar Abhilfe schaffen könnten – wenn die Landesregierung sie auf den Weg bringen würde.

Zunächst gilt es, die finanzielle Situation auf den Höfen zu entspannen. Zwar genießen viele Betriebe nach wie vor das Vertrauen ihrer Hausbank – die strengen Auflagen der Bankenaufsicht verhindern jedoch oftmals eine Kreditvergabe. Ein landeseigenes Bürgschaftsprogramm, das das Risiko anteilig abdeckt, würde vielen Betrieben helfen, das derzeitige Preistief zu stemmen.

Wir müssen aber auch in die Zukunft schauen. Das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte aus Niedersachsen muss dauerhaft stabilisiert werden. Der Schlüssel liegt in der Diversifizierung des Exports durch den Zugang zu neuen Absatzmärkten. Um weniger abhängig von einzelnen Märkten zu werden, muss sich die niedersächsische Agrar- und Ernährungsbranche international breit aufstellen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe sind dabei auf die Unterstützung der Landesregierung angewiesen. Ein niedersächsisches Exportförderprogramm könnte hier Zugangsschwellen senken.

Faire Erzeugerpreise und ein ausgeglichener Milchmarkt stehen auch im Mittelpunkt einer gemeinsamen Initiative mehrerer CDU-Landtagsfraktionen. Wenn fünf Handelsgesellschaften 85 Prozent aller Molkereiprodukte abnehmen, entsteht ein spürbares Ungleichgewicht, das sich negativ auf die Preise auswirkt. Die Zustimmung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel zur Fusion von Edeka und Tengelmann hat die Marktmacht der Discounter allerdings noch einmal verstärkt.

Die Gründung gemeinsamer Vermarktungsplattformen soll es Landwirte und Molkereien deshalb ermöglichen, der Marktmacht des Einzelhandels etwas entgegen zu setzen. Wir wollen ein Ende des ständigen Unterbietungswettbewerbs und faire Preise für unsere Landwirte. Gestützt wird die Initiative durch die kürzlich erfolgte Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes von CSU-Agrarminister Schmidt, die Absprachen zwischen Molkereien und Erzeugern bei Preis und Menge erleichtert.

Letztlich ist es aber nicht allein die wirtschaftliche Krise, die Niedersachsens Landwirte umtreibt. Sie leiden vor allem unter der zunehmend schlechten Außenwahrnehmung ihrer Branche. Ein Agrarminister, der gerne mal von „Turbohühnern“ und „-Kühen“ spricht, ist da keine große Hilfe.

Ministerpräsident Weils immer wieder vorgetragene Unterstützungszusagen sind indes reine Lippenbekenntnisse. Das hat das

rot-grüne Kabinett mit seinem neuen Entwurf des Landesraumordnungsprogramms kürzlich einmal mehr unter Beweis gestellt. Noch immer sind darin 36.400 Hektar als Vorranggebiet für den Torferhalt vorgesehen. Zwar gibt es bislang keine Einschränkungen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, das kann sich aber jederzeit ändern. Der Flächenpreis in den entsprechenden Gebieten wird damit unweigerlich sinken - in der derzeitigen Situation ein schwerer Schlag für die betroffenen Milchviehhalter.

Auch die jüngsten Vorgaben zur Mist- und Silagelagerung aus den grünen Ministerien treffen vor allem kleine Betriebe besonders hart. Sie können den zusätzlichen Aufwand nur schwer bewältigen. Nicht zuletzt hat auch die viel zu späte Auszahlung der EU-Agrarfördermittel durch die Landesregierung viele Landwirte mürbe gemacht.

„Andernfalls ist Niedersachsen die längste Zeit Agrarland Nummer eins gewesen."

Wie belastend sie den zuständigen Minister empfinden, haben die niedersächsischen Landwirte im vergangenen Jahr mit einem beeindruckenden Demonstrationszug durch Hannover gezeigt. Der Ministerpräsident sollte das zur Kenntnis nehmen und sich endlich spürbar für die Belange der Landwirte einsetzen. Andernfalls ist Niedersachsen längste Zeit Agrarland Nummer Eins gewesen.

Muslim-Vertrag: Abschluss mehr als ungewiss

Gebetsräume in Schulen, Feiertagsregelungen für Muslime oder die Verpflichtung zur Integration: Bis vor kurzem waren es diese Punkte, die beim geplanten Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den muslimischen Verbänden für Unklarheiten und Irritationen im Landtag sorgten. Während SPD und Grüne den Vertrag so schnell wie möglich verabschieden wollten, bestand die CDU-Fraktion auf einer eingehenden Prüfung der aus ihrer Sicht kritischen Punkte. Inzwischen ist jedoch fraglich, ob es überhaupt noch zu einer Unterzeichnung der Verträge kommt. Nachdem die Schura – einer der drei Vertragspartner – einen neuen Vorsitzenden gewählt hat, hat die rot-grüne Landesregierung die Notbremse gezogen und die Verhandlungen vorerst auf Eis gelegt. Wann und wie weiterverhandelt werden soll ist derzeit vollkommen unklar.

Landesregierung mit Verhandlungen überfordert

„Der plötzliche Rückzieher zeigt deutlich, dass diese Landesregierung mit den Verhandlungen vollkommen überfordert ist", sagt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Björn Thümler. Von Beginn an habe es den Verhandlungen an Transparenz gemangelt. „Der Vertrag wurde uns erst vorgelegt, als er aus Sicht der Landesregierung unterschriftsreif war." Dass sei aus Sicht Thümlers ein klares Versäumnis der Landesregierung und Ursache für die vielen Unklarheiten, die jetzt umständlich aus der Welt geschafft werden müssten. Unerlässlich ist für Thümler, endlich die Bürger in die Diskussion mit einzubeziehen. „Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Islamdebatte macht es keinen Sinn, einen solchen Vertrag ohne eine breite gesellschaftliche Zustimmung verabschieden zu wollen", betont Thümler.

CDU-Fraktion hält an Forderungen fest

„Entscheidend ist die Frage, wie sich der Ministerpräsident nach seinem Rückzieher die weiteren Verhandlungen vorstellt", so Thümler. „Das Abkommen sollte zwischen dem Land und den Verbänden getroffen werden und nicht von einzelnen Personen abhängig sein. Insofern ist Weils Kehrtwende mehr als verwunderlich." Bedauerlich ist aus Sicht des CDU-Fraktionschefs, dass die Entscheidung der Landesregierung auch unbeteiligte Vertragspartner wie die Aleviten treffe, die sich bei der Verhandlung über die Vertragsinhalte äußerst kooperativ gezeigt hätten.

„Mehr als bisher muss jetzt der Grundsatz gelten, dass Sorgfalt vor Eile geht", stellt Thümler klar. „Wir halten daran fest, dass auch die muslimischen Verbände gewisse Verpflichtungen eingehen müssen und nicht nur Rechte in Anspruch nehmen. Dazu zählen aus unserer Sicht die aktive Beteiligung an der Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft und die konsequente Bekämpfung extremistischer Tendenzen. Außerdem fordern wir, dass die Verbände das Recht des Einzelnen anerkennen, seinen Glauben wechseln oder ablegen zu können."

B212n mit guten Chancen

Während die Ortsumgehung Berne wohl 2018 abgeschlossen ist, hapert es am Lückenschluss zur Landesgrenze. Die Hoffnung, dass die B212 neu hochgestuft wird, besteht. Doch der derzeitige laufende Dialogprozess wird wohl keine Einigung bringen.

Groß ist die Verunsicherung in der Wesermarsch nachdem die B212 neu degradiert wurde und im Bundesverkehrswegeplan nur nach als „weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ eingestuft wurde. Doch nach dem anfänglichen Schrecken macht sich nun die Hoffnung breit, dass die Einordnung in die sogenannte „Kategorie mit Sternchen“ nur vorübergehend sein könnte.

Zumindest werden die Planungen an der B212 neu so vorangetrieben, als wenn sie im „vordringlichen Bedarf“ einsortiert wäre. Das hat auch Joachim Delfs, Leiter des Geschäftsbereichs Oldenburg von der Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), bestätigt: „Wir befinden uns weiterhin in der Variantenprüfung.“

Auch eine parlamentarische Anfrage von Björn Thümler an die Landesregierung hat bestätigt, dass das Projekt nicht in den Status des Raumordnungsverfahrens zurückgefallen ist.

Ortsumgehung Berne steht fest

Die Ortsumgehung Berne hat bereits einen festen Terminplan. Der erste Teilabschnitt mit der neuen Huntebrücke wurde im Dezember 2015 eröffnet. Der zweite Teilabschnitt bis zur B74 soll im Herbst diesen Jahres ebenfalls fertiggestellt sein. Abgeschlossen wird die Ortsumgehung Ende 2018, wenn auch der letzte Teilabschnitt bis zur L875 nordöstlich von Harmenhausen erledigt ist.

Komplizierter ist der Lückenschluss zwischen der L875 und der Landesgrenze Bremen. Dass Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) für den Bundesverkehrswegeplan keine verkehrstechnische Anbindung angemeldet hat, dürfte ein Grund dafür sein, dass dieser Teilabschnitt zurückgestuft wurde. „Die Absetzung der Planungen für eine Umfahrung der Stadt Delmenhorst verringert den gesamtwirtschaftlichen Nutzen einer B212 neu im Abschnitt Harmenhausen bis zur Landesgrenze erheblich“, so Björn Thümler. Und genau dieser gesamtwirtschaftliche Nutzen ist ein wichtiges Kriterium für einen Zugriff auf den Finanztop des Bundes.

Lesen Sie dazu auch

» Übersichtsseite der NLStBV zur B212 neu

» PM: B212n wird ohne Abstriche weiter geplant

Hoffnung auf ein Nachrücken

Sobald finanzielle Mittel wieder zur Verfügung stehen, werden Projekte aus dem „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ in den „vordringlichen Bedarf hochgestuft. Hoffnung macht zudem, dass in der höchsten Priorität bundesweit diverse Projekte planerisch nicht abgesichert sind und vielleicht gar nicht umgesetzt werden. Zudem sind die Planungsreserven, die im Bundesverkehrswegeplan 2003 noch im „vordringlichen Bedarf veranschlagt waren, im neuen Bundesverkehrswegeplan im „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ enthalten.

Variantenvergleich & Dialogprozess

Zur Diskussion stehen im Bereich Deichhausen drei verschiedene Variante. Eine verläuft südlich von Deichhausen, die anderen beiden nördlich. Ein ergebnisoffener Variantenvergleich wird derzeit von einem Lenkungskreis in einem öffentlichen Dialogprozess unter der Moderation von Jens Stachowitz diskutiert. Der Dialogprozess soll im Rahmen einer sachlichen Gesprächskultur zum einen die Transparenz der Planung erhöhen und gleichzeitig den Konflikt um den Neubau der Trasse im Vorfeld des Planfeststellungsverfahren minimieren.

Allerdings betont Moderator Jens Stachowitz ***in einer sogenannten Skizze***, dass nach seinen bisher geführten Gesprächen, eine Einigung auf eine Trasse eher unwahrscheinlich ist: „Insofern ist ein solcher Konsens über eine Trassen- und Anschlussvariante kein opportunes Ziel des Dialogverfahrens.“

Der Lenkungskreis wird seine Sitzungsprotokolle veröffentlichen und es soll bürgernahe Diskussionsveranstaltungen geben. Außerdem ist ein Dialogforum geplant, an dem von der Planung betroffene teilnehmen können. Fach-Arbeitskreise sind ebenfalls Teil des Dialogprozesses, für den etwa zwei Jahre veranschlagt sind.

Im Anschluss an diesen Prozess wird das Planfeststellungsverfahren eingeleitet, mit dem Baurecht geschaffen wird.

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515

Björn Thümler ist unterwegs am ...

» 10. Mai, 9 Uhr, in Brake

Gespräch mit Herrn Wenholt, LK Wesermarsch

» 10. Mai, 10.15 Uhr, in Brake

Termin bei Donum Vitae, Dr. Clasen

» 10. Mai, 12 Uhr, in Oldenburg

Gespräch mit Ralf Seßelberg

» 10. Mai, 18 Uhr, in Cloppenburg

Abend der Caritas

» 11. Mai, 9.30 Uhr, in Hannover

Gespräch mit Herrn Koch, Handwerkskammer Niedersachsen

» 18. Mai, 16 Uhr, in Hannover

Gespräch mit Herrn Windgassen, NIHK

» 19. Mai, 15 Uhr, in Hannover

Fachgespräch frühkindliche Bildung

» 19. Mai, 18.30 Uhr, in Berne

Arbeitskreis Wirtschaft Wesermarsch auf der neuen Huntebrücke

» 20. Mai, 10.30 Uhr, in Hannover

Landesverbandstagung Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen

» 20. Mai, 18 Uhr, in Rastede

Vierol-AG, Veranstaltung mit Minister Altmaier

» 21. Mai, 10 Uhr, in Hannover

Flüchtlingsveranstaltung Syrien-Netzwerk mit Minister Altmaier

» 23. Mai bis 25 Mai, in Bramsche

Fraktionsklausurtagung

» 26. Mai, 9.30 Uhr, in Bremen

Gespräch mit Dr. Kaulvers, Bremer Landesbank

» 26. Mai, 14 Uhr, in Wiefelstede

Gespräch mit Herrn Hinrichs, GF Ammerländer Molkerei

» 27. Mai, 10 Uhr, in Brake

Aufsichtsratsitzung Wirtschaftsförderung

» 28. Mai, 9 Uhr, in Osterholz

Kreisparteitag Osterholz

» 30. Mai, 11 Uhr, in Wilhelmshaven

30 Jahre Wattenmeer

» 30. Mai, 15 Uhr, in Rastede

Hof von Gerold und Regine Harms

» 3. Juni, 17 Uhr, in Berne

Fußball: Spvgg Berne gegen FC Landtag

» 5. Juni bis 7 Juni, in Lübeck

Fraktionsvorsitzendenkonferenz

» 7. Juni bis 10 Juni, in Hannover

Plenum

» 11. Juni, 14 Uhr, Moorseer Mühle

„Wie helfen wir den Bienen in der Wesermarsch“, Imkerveranstaltung der CDU Wesermarsch

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515



Dankesagen, war das Anliegen der CDU Landtagsfraktion bei einer Veranstaltung in Hannover mit ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern aus ganz Niedersachen. Danke den vielen Helfern, die den humanitären Imperativ in vorbildlicher Weise gelebt haben und leben. Kanzleramtsminister Peter Altmaier berichtete von den Ergebnissen des Brüsseler Gipfels und diskutierte mit den Ehrenamtlichen. Auch aus der Wesermarsch und Rastede war ein ganzer Bus nach Hannover gekommen, Rotes Kreuz, THW, Johanniter, Refugium, Tafel, Kirchengemeinde, ganz unterschiedliche Menschen waren dabei. DANKE!

Bei der Kreisjägerschaft Wesermarsch ging Björn Thümler in seinem Grußwort auf die verfehlte rot-grüne Jagdpolitik ein: „Für unsere Region ist die Einschränkung der Bejagungsmöglichkeiten in Vogelschutzgebieten und die Intervalljagd nicht hinnehmbar. Insofern halte ich die Klage der Landesjägerschaft Niedersachsen und des Zentralverbands der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden gegen die Verordnung des Landwirtschaftsministers für richtig."





Am Zukunftstag haben sechs Schülerinnen und Schüler aus der Wesermarsch den Fraktionsvorsitzenden nach Hannover begleitet. Jannik Bucken, Leonie Janosch, Wiebke Uebachs, Emke Schierenstedt, Yannis Schmidt und Oliver Wylega haben einen Tag in der CDU Landtagsfraktion verbracht und alle Berufsfelder der Fraktion und der Landtagsverwaltung kennen gelernt. Als besonderen Höhepunkt konnten die Schülerinnen und Schüler Björn Thümler auf die Hannover Messe begleiten. Bionik, ContiTec, Janßen Elektronik, Firma Block, Firma EuroLaser, Enercon, CFK Valley und die Firma Hilmer Heinecke aus der Wesermarsch, waren Ziele beim Rundgang.



Einen Besuch der parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Landwirtschaft, Dr. Maria Flachsbarth (Mitte), nutzte der Vorsitzende des Landvolkverbands Wesermarsch, Dr. Karsten Padeken (links), um mit ihr über die Idee des Milchpulverfonds zu sprechen, der – wie berichtet – ein Ansatz wäre, um die eklatant niedrigen Milchpreis auszubremsen. Begleitet wurde das Gespräch unter anderem vom CDU-Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen Landtag, Björn Thümler: „Es waren gute Gespräche und man war sich einig, dass schnell Lösungen gefunden werden müssen, um den Bauern in dieser Krise zu helfen. Der Milchpulverfonds könnte ein Schritt sein." Dr. Maria Flachsbarth meinte, dass der Fonds futtertechnisch möglich sei, sprach aber zugleich die kartellrechtlichen Probleme an. Sie sagte zu, den Vorschlag einer genauen Prüfung zu unterziehen.

„Wir konnten die kurze Zeit nutzen, um noch weitere Themen anzusprechen", war Karsten Padeken zufrieden. So wurden noch die Bereiche steuerliche Regelungen und Düngemittelverordnung angeschnitten. „Wir haben deutlich gemacht, dass die derzeitige Düngemittelverordnung besonders den Grünlandbetrieben zu schaffen macht." Eine Konsequenz sei, dass mehr Grünland umgebrochen und die Weidehaltung eingeschränkt wird. Die Staatssekretärin deutete an, dass bei der Stickstoffberechnung weitere Änderungen möglich seien.

Um die Liquidität der Landwirte zu erhalten, sprachen die Teilnehmer über steuerliche Regelungen unter anderem für die Zeit nach der Krise. Björn Thümler: „Es darf nicht passieren, dass die Landwirte, wenn sie wieder Geld verdienen, gleich in die nächste Krise rutschen." Steuerfreibeträge für die nächsten vier Jahre wurden diskutiert.

Am Ende des intensiven Gesprächs waren sich alle Teilnehmer einig, dass es zusätzlichen Anstrengungen bedarf, um mit der derzeitigen schwierigen Situation klar zu kommen.

Björn Thümler, MdL

Fraktionsvorsitzender im
niedersächsischen Landtag

Vorsitzender der CDU Wesermarsch

Internet: www.bjoern-thuemler.de
E-mail: bjoern@thuemler.de

Björn bei Facebook

Bürgerbüro Berne
Lange Straße 62
27804 Berne
Tel.: 04406 972515
Fax.: 04406 972516

Büro Hannover
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 30304110
Fax.: 0511 30304851

CDU WESERMARSCH

CDU FRAKTION im Niedersächsischen Landtag

Wie helfen wir den Bienen in der Wesermarsch?



Moorseer Mühle
Sonnabend, 11. Juni, 14 bis 17 Uhr

» **Das Volk und ihre Königin**

Der Vorsitzende des Imkervereins Jade-Weser, Henning Wessels, informiert über das Bienenvolk und beschreibt, wie der Honig von der Blüte ins Glas kommt



» **Vortrag: Blühstreifen und Blumenwiese – der Biene helfen.**

Referent: Imkermeister Hermann Hüsers, Landesverband der Imker Weser Ems e.V.

» **Podiumsdiskussion: Wie helfen wir den Bienen und warum brauchen sie überhaupt Hilfe?**

Teilnehmer: Imkerverein Jade-Weser, Kreisjägerschaft, Landwirtschaftskammer

Eintritt frei!

» **Programm für Kinder**

Honigschleudern, Brummbienenbasteln, Wachskerzen herstellen, Bienenmalbuch, Jägermobil

» **Bienenprodukte im Verkauf**

Imker aus der Region präsentieren ihren Honig, Wachskerzen und Met

Organisatoren: Imkerverein Jade-Weser e.V • Museum Moorseer Mühle